

Primor, Avi: Frieden in Nahost ist möglich. Deutschland muss Obama stärken. Hrsg. von Roger de Weck. Edition Körber-Stiftung: Hamburg 2010. 93 S., 10 Euro.

Um es vorwegzunehmen: Der beste Teil in der Schrift von Avi Primor findet sich in den kritischen Nachfragen des Herausgebers.

Denn der frühere Botschafter seines Landes bei der Europäischen Union in Brüssel sowie in Bonn und Berlin verläuft sich auf bekannten politischen Pfaden. Sein *ceterum censeo* ist die existentielle Bedrohung Israels durch seine Nachbarn, nicht etwa durch Ägypten und Jordanien, aber durch Syrien mit dem abhängigen Libanon, durch den Iran – und vor allem durch die Palästinenser. Zu den wohl erstaunlichsten Bemerkungen Primors gehört jene, „dass die palästinensische Führung [in Ramallah] nicht imstande ist, an der gemeinsamen Grenze mit Israel für Sicherheit zu sorgen“. Fürwahr eine Aussage, die im scharfem Gegensatz zu dem „Appell an die Vernunft“ europäischer Juden von Anfang Mai 2010 steht, für welche die anhaltende Besetzung der Westbank und Ost-Jerusalems bereits auf mittlere Sicht für den Staat Israel die nationale Existenz und Unabhängigkeit gefährde¹. Primor gehörte zu jenen, die den Appell auf den öffentlichen Weg brachten und ihn dem Europäischen Parlament ans Herz legten.

Der Autor spielt auf dem Klavier des sogenannten kleinen Mannes in Israel. Er wirft den Regierenden durchaus erhebliche Fehlentscheidungen vor, möchte aber den Eindruck vermitteln, dass jener „Normalbürger“ sich nicht „mit solchen Feinheiten“ strategischer (Fehl-)Entscheidungen befasse. Diese Volte birgt den Vorteil in sich, dass bei der israelischen Bevölkerung trotz ihrer generellen Bereitschaft zum Frieden die Angst legitimiert wird, dass „wir uns von den Palästinensern trennen möchten, [uns aber] nicht aus deren Gebiet zurückziehen (können), solange wir nicht sicher sind, dass ein solcher Rückzug uns eine ebenso umfassende Sicherheit bietet, wie wir sie von Präsident Sadat [1979] und König Hussein [1994] bekommen haben“.

Damit überspringt Primor jedoch seine durchaus richtige, an anderer Stelle des Essays formulierte Einschätzung, wonach der „Großteil der israelischen Bevölkerung glaubt, ... dass uns diese Gebiete biblisch-

historisch gehören“. Hier auf einmal erblickt der Autor eine Kongruenz zwischen den Regierenden und den Regierten, eine Interdependenz, die nach dem Junikrieg 1967 die Regierungspolitik mit ihren Siedlungs- und Infrastrukturelementen bestimmt hat. Denn die Bevölkerung im israelischen „Kernland“ empfindet die Herrschaft über die Palästinenser durchaus „reell“, dafür sorgen schon die familiären Beziehungen zu den in der Westbank stationierten Soldaten sowie der erfolgreiche Marsch der Siedler durch die staatlichen und durch zahlreiche zivilgesellschaftliche Institutionen.

Wenn, wie Primor erkennt, „das palästinensische Problem (...) der Kern dieses Konflikts [mit der arabischen Welt]“ ist, hätte ihn die Frage beschäftigen müssen, welche Verantwortung bei der israelischen Politik selbst für die Eskalationen der vergangenen vier Jahrzehnte liegt. Wie wäre sonst zu erklären, dass die zahlreichen Vorschläge und Entwürfe zur Konfliktregelung, die – Primor zählt sie auf – vom Dreiergipfel in Camp David (Juli 2000) über die „Clinton-Parameter“ (Dezember 2000), die Arabische Friedensinitiative (März 2002) und die „Road Map“ (April 2003) bis zur „Genfer Initiative“ (Dezember 2003), die der Autor erstaunlicherweise zum „Abkommen“ hochstilisiert, reichen und zum überwiegenden Teil am Widerstand der Regierungen in Jerusalem gescheitert sind? Warum gelingt es nicht, Damaskus trotz der zahlreichen Verhandlungen „hinter den Kulissen“ für „das wahre Ende des Kriegszustandes“ im Nahen Osten zu gewinnen, etwa weil nur Syrien als „radikaler Staat“ in der Region verschrien ist? Die Klage, Israel sei es nie vergönnt gewesen, in Frieden zu leben, greift erheblich zu kurz. Die politische Literatur des Landes belegt anderes, soweit sie sich nicht für agitatorische Kampagnen einspannen lässt.

Für düstere Bewertungen Israels braucht man nicht einmal die Palästinenser unter israelischer Besatzung zu zitieren, sondern man höre sich auf den Straßen und in den Parlaments- und Regierungsetagen Libanons, Jordaniens und Ägyptens um, von den teilweise gesteuerten Medien ganz zu schweigen. Gegenüber Syrien, dem er andernorts in seinen Darlegungen die Bereitschaft zu neuen Verhandlungen zuerkennt, lässt Primor sein Bedauern durchblicken, dass die israelische Regierung „nur unter drakonischsten Sicherheitsmaßnahmen“ einen Rückzug von den Golanhöhen in Erwägung gezogen und „noch eine weitere Forderung“

hinzugefügt habe: Syrien müsse sich aus dem Griff Irans befreien. Das Kaleidoskop aus gegenläufigen Argumentationsreihen will kein Ende nehmen. Die Verpflichtung auf eine politische Alternative, die der Autor im Blick auf Damaskus anmahnt, wäre zumindest ebenso dringend Israel zu empfehlen.

Ein europäischer *deus ex machina*

Nachdem Barack Obama nicht zugetraut wird, „seine Versprechungen und Absichten einzuhalten“, ruft Primor die Europäische Union dazu auf, Washington jene „Unterstützung, Ermutigung und praktische Hilfe zu gewähren, ... um den Frieden im Nahen Osten herbeizuführen“. Doch Europa dürfte sich, obwohl Nachbar, kaum geschmeichelt fühlen, zumal da für Primor eine eigene Friedensinitiative der Israelis unwahrscheinlich bleibt. Weil das größte Hindernis für eine Einigung mit den Palästinensern „das Sicherheitsproblem“ für Israel sei, schlägt er „eine von Europa geleitete internationale Truppe“ vor.

Sie solle das israelische Militär in der Westbank ersetzen, wenn sich Israel im Rahmen einer Friedensvereinbarung schrittweise zurückziehe. Wie für Eli Wiesel scheint die politische Zukunft Ost-Jerusalems für Primor außerhalb jeglicher Verhandlungsoption zu liegen². Stattdessen weist er einer solchen Schutztruppe in der Westbank die Aufgabe zu, „drakonisch für Sicherheit zu sorgen“, nachdem sie, so vermutet er, anfangs von der palästinensischen Bevölkerung als „Befreiungsarmee empfangen“ worden ist. Denn für Primor leidet sie nicht vorrangig an den rund dreihunderttausend Siedlern und an dem sie abstützenden Militär, sondern nicht weniger „unter den extremistischen Fundamentalisten“ – gemeint sind die Islamisten vom Schlage der „ Hamas“.

Wer käme also gegebenenfalls „für einen Kampfeinsatz“ in Frage? Die Europäer seien, räumt Primor ein, aufgrund ihrer anderweitigen internationalen Einsätze überfordert. Auf Deutschland lasse sich – was der Titel der Arbeit suggeriert – aufgrund der Shoah nicht bauen, es sei denn es verständige sich mit Frankreich „auf eine gemeinsame Vorgehensweise“. Was bleibt, ist Primors Appell an Paris und Berlin, ihr politisches Gewicht stärker als bisher in die nahöstliche Waagschale zu

werfen. Ob der Mahnung ein Erfolg beschieden ist oder als neuerliche Zumutung verstanden wird, steht dahin, weil in den Außenämtern garantiert befürchtet werden wird, dass sie lediglich den Pegel der Frustration weiter hebt.

So beschränkt sich der Kreis der zur Auswahl stehenden Soldaten für den Autor vor allem auf islamische Kontingente aus der Türkei, Indonesien und Marokko. Doch wie realistisch ist die Erwartung, dass sie zu jenen drakonischen Maßnahmen gegen aufrührerische Palästinenser greifen, die Primor für notwendig hält? Sollen sie auch die gewalttätigen Siedler in Schach halten? Ist es nach allen bisherigen Erfahrungen tatsächlich vorstellbar, dass die Stationierung einer internationalen Truppe die Unterstützung der ganzen arabischen Welt voraussetzt? Welche Optionen würden sich für den Gazastreifen anbieten? Braucht „ Hamas“ zur Beendigung des Belagerungszustandes zu Lasten der dortigen Bevölkerung, wie Primor meint, Israel? Oder muss die internationale Staatengemeinschaft in Tateinheit mit Verweis auf ihre einschlägigen Resolutionen dafür sorgen, dass die Regierung in Jerusalem zumindest das humanitäre internationale Recht respektiert?

In seiner Einleitung schreibt Roger de Weck, seit kurzem Generaldirektor der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft: „Das gewaltige Risiko [eines Militäreinsatzes] können die Europäer nur eingehen, wenn Israel eine Reihe von Bedingungen erfüllt..., wenn auch Israel den Willen zum Ausgleich der Interessen aufbringt, die Siedlungen und den Anspruch auf Ostjerusalem aufzugeben“. Diesen Voraussetzungen wäre nichts hinzuzufügen, es sei denn die Sorge, dass die israelische Regierung von ihnen nichts hören will. Für politische Fortschritte kann Europa nur die Bindung an nachhaltige Ergebnisse im Verhandlungsprozess mit den Palästinensern setzen. Doch dies ist ein eigenes Kapitel der Zögerlichkeit.

Reiner Bernstein

Abgeschlossen am 26.05.2010

¹ Der Text „Appell an die Vernunft“ ist in der Menüleiste „Erklärungen und Interviews“ dieser Homepage verfügbar.

² Vgl. den „Offenen Brief“ zahlreicher jüdischer Stadtbürger Jerusalems in der Menüleiste „Erklärungen und Interviews“ dieser Homepage.